



Bericht

**des Rechnungsprüfungsamts
der Stadt Eschweiler**

**über die Prüfung
des Jahresabschlusses zum 31.12.2016
der Stadt Eschweiler**

1. PRÜFUNGSaufTRAG

Entsprechend § 101 Abs. 8 GO NRW i.V. m. § 103 Abs. 1 Nr. 1 GO NRW obliegt der Rechnungsprüfung die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016 unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

der Stadt Esweiler

nachfolgend auch Stadt genannt.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung berichtet dieser Prüfungsbericht, der in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen erstellt wurde.

2. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

2.1 Lage der Stadt

2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung

Im Jahresabschluss sowie Lagebericht wurden nach Auffassung der Rechnungsprüfung folgende wesentlichen Aussagen zum Geschäftsverlauf und zur Lage der Stadt getroffen:

- Die Ergebnisrechnung 2016 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von – 11.524.864,25 € ab. Dieser Fehlbetrag stellt im Vergleich zur Haushaltsplanung 2016 eine Haushaltsverschlechterung von – 2.088.714,25 € (Plan-Fehlbetrag: 9.436.150,00 €) dar.
- Im Bereich der **Steuern und ähnlichen Abgaben** ergaben sich im Wesentlichen Veränderungen im Vergleich zum Haushaltsjahr 2015 bei der Gewerbesteuer (- 14,62 Mio. €), der Grundsteuer B (+ 0,85 Mio. €), dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (+ 0,69 Mio. €) sowie der Vergnügungssteuer (+ 0,24 Mio. €).

Im Vergleich zum geplanten Haushaltsansatz i.H.v. 66.333.850 € blieb das Ergebnis mit rund – 1.37 Mio. € Mindererträgen hinter den Erwartungen. Dies liegt hauptsächlich an dem verminderten Gewerbesteuerertrag i.H.v. – 1,02 Mio. €.

- Das Ergebnis bei den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** erhöhte sich um rund + 5,23 Mio. € gegenüber dem Vorjahr und lag mit rund + 0,86 Mio. € über dem Planansatz. Dieser Mehrertrag im Vergleich zum Vorjahr ergab sich aus Erhöhungen von + 3,74 Mio. € Schlüsselzuweisung, + 0,73 Mio. € Landeszuwendungen für Betriebskosten der Kindergärten, + 0,34 Mio. € Zuwendungen für laufende Zwecke vom Bund sowie + 0,32 Mio. € Allgemeine Landesumlagen.
- Das Ergebnis der **sonstigen Transfererträge** stieg im Vergleich zum Vorjahr um rund + 2,31 Mio. €. Dies resultiert hauptsächlich aus in 2016 verbuchten Kostenerstattungen des Landes für die Erstunterbringung von Flüchtlingen (+ 1,85 Mio. €) sowie aus aus Mehrerträgen zum Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen (+ 0,24 Mio. €).

Im Vergleich zur Haushaltsplanung wurde der Haushaltsansatz von 1.279.450 € mit rund + 2,67 Mio. € Mehrerträgen übertroffen, hauptsächlich begründet durch Mehrerträge bei den Kostenerstattungen des Landes für die Erstunterbringung von Flüchtlingen (+ 2,28 Mio. €).

- Bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** ergab sich im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung in Höhe von + 6,48 Mio. €. Die Entwicklung resultiert vor allem aus höheren Erträgen im Bereich Erstattungen vom Land bezogen auf die Leistungspauschale FlÜAG (+ 3,87 Mio. €) und der Steigerung im Bereich der Kostenerstattung von Jugendhilfeträgern für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (+ 2,90 Mio. €).

Beide Bereiche legten im Vergleich zur Haushaltsplanung ebenfalls deutlich zu. Der Bereich Erstattungen vom Land bezogen auf die Leistungspauschale FlÜAG (+ 2,08 Mio. €) und der Bereich der Kostenerstattung von Jugendhilfeträgern für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (+ 1,37 Mio. €).

- Das erzielte Ergebnis der Position der **sonstigen ordentlichen Erträge** lag – 7,91 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis. Diese deutliche Senkung im Jahresvergleich

ergibt sich insbesondere aus dem Wegfall des Einmaleffektes bei den Verzinsungserträgen durch Gewerbesteuernachzahlungen (- 7,51 Mio. €).

Im Vergleich zur Haushaltsplanung lag der Ergebnis 2016 mit rund + 1,85 Mio. € allerdings über dem Plan-ansatz von rund 6,15 Mio. €, hauptsächlich begründet durch Mehrerträge bei Zuschreibungen (+ 0,78 Mio. €) und Mehrträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen (+ 1,03 Mio. €).

- Im Bereich der **Finanzerträge** ergaben sich gegenüber dem Vorjahr Mindererträge von rund - 0,47 Mio. €, die sich in der Hauptsache aus fehlenden Gewinnanteilen und Dividenden der RWE AG (- 0,42 Mio. €) ergeben.

Im Vergleich zur Haushaltsplanung 2016 lag das Ergebnis um – 0,69 Mio. € unter den Erwartungen, hauptsächlich durch fehlende Gewinnanteile und Dividenden des Städtischen Wasserwerkes (- 0,46 Mio. €) und der RWE AG (- 0,16 Mio. €).

- Im Bereich der **Transferaufwendungen** kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einer Erhöhung der Aufwendungen um rund + 9,70 Mio. €. Diese Entwicklung ergibt sich in der Hauptsache aus Minderaufwendungen für:

Gewerbesteuerumlage	- 1,26 Mio. €
Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit	- 1,23 Mio. €
bzw. aus Mehraufwendungen für:	
Zuwendungen für laufende Zwecke an übrige Bereiche	+ 0,15 Mio. €
Fehlbedarfsabdeckung BKJ	+ 0,15 Mio. €
Betriebskostenzuschüsse an freie Träger Kindertageseinrichtungen	+ 0,28 Mio. €
Betriebskostenzuschüsse an die BKJ	+ 0,43 Mio. €
Zuwendungen für U3-Förderung	+ 0,24 Mio. €
Tagespflege gemäß § 23 SGB VIII	+ 0,39 Mio. €
Gemeinsame Wohnformen gemäß § 19 SGB VIII	+ 0,17 Mio. €
Tagesgruppen gemäß § 32 SGB VIII	+ 0,15 Mio. €
Heimerziehung gemäß § 34 SGB VIII	+ 0,98 Mio. €
Aufwendungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	+ 2,79 Mio. €
Sach- und Geldleistungen gemäß § 3 AsylbLG	+ 0,91 Mio. €
Aufwendungen zur Erstunterbringung der Flüchtlinge	+ 1,30 Mio. €
Sonstige soziale Leistungen	+ 0,11 Mio. €
Allgemeine Städteregionsumlage	+ 2,67 Mio. €
Mehrbelastung für ÖPNV	+ 0,31 Mio. €
Sonstige Transferaufwendungen	+ 0,74 Mio. €
Im Plan-/ Ist-Vergleich entstanden Mehraufwendungen von rund + 5,14 Mio. €.	

- Das Eigenkapital der Stadt beläuft sich nunmehr auf rd. 32,5 Mio. €. Dies entspricht einer Eigenkapitalquote I von 7,64 %, die Eigenkapitalquote II beläuft sich auf 33,66 %.
- Das Vermögen der Stadt Eschweiler besteht zu 97,03 % aus Anlagevermögen. Dies entspricht einem Wert von rd. 413,2 Mio. €, der Anlagendeckungsgrad II beträgt 65,84 %.

Auf Grund der Prüfung wird festgestellt:

Die Aussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf der Stadt geben insgesamt eine zutreffende Beurteilung der Lage der Stadt wieder.

2.1.2 Künftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Im Lagebericht wurden nach unserer Auffassung folgende wesentliche Aussagen zur künftigen Entwicklung und zu den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Stadt Eschweiler getroffen.

1. Die Situation der finanziellen Ausstattung des Haushaltes der Stadt Eschweiler ist seit Jahren bekannt und in den jeweiligen Fortschreibungen der Haushaltssicherungskonzepte ausführlich erläutert und dargestellt. Grundsätzlich gelten die hier aufgezeigten Tendenzen auch weiterhin. Das Risiko einer drohenden Überschuldung besteht latent.
2. Wenngleich mit der Planung für das Haushaltsjahr 2017 und der 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes die Zielsetzung des Haushaltsausgleiches erreicht wird, werden in den Folgejahren weiterhin eine kontinuierliche Aufgabenkritik sowie die Fortführung der strengen Haushaltsdisziplin erforderlich bleiben, um eine nachhaltige Stärkung des Eigenkapitals und damit einhergehend eine Reduzierung der Liquiditätskredite zu erreichen.
3. Die Ausgliederung von Aufgaben in privatrechtliche Gesellschaften führt bei verbleibender Beteiligung zu neuen unternehmensspezifischen Risiken. Nicht zuletzt aufgrund des organisatorischen Abstands zwischen der Kernverwaltung und den Beteiligungen ist eine direkte Steuerung durch die Kommunen nicht mehr möglich. Die Kommune hat auf unternehmerische Entscheidungen nur noch bedingt Einfluss.

Die Stadt Eschweiler hat zum 01.01.2013 nach Abschluss eines sog. Rekommunalisierungsprozesses die bisher im Besitz der Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG befindlichen 49 %-ige Geschäftsanteile übernommen, sodass es sich nunmehr bei der WBE GmbH wieder um eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der Stadt Eschweiler handelt. Für die übernommenen wirtschaftlichen Risiken leistete die Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG eine Schadenersatzzahlung an die Stadt Eschweiler, welche erfolgsneutral vereinnahmt wurde und für evtl. Verluste der WBE GmbH in den Folgejahren bis zum ursprünglichen Vertragsablauf vorgehalten werden muss. Gemäß der derzeitigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft sowie des Eintritts der Stadt Eschweiler in die von der Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG bis zum 31.12.2012 gewährten Sicherungsinstrumente wird eine tatsächliche Überschuldung der WBE GmbH vermieden.

Darüber hinaus wird zur Stabilisierung der Gesellschaft der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag mittelfristig abgebaut. So hat die Stadt Eschweiler in Fortführung der Verfahrensweise des bisherigen Gesellschafters Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG bereits seit 2013 jährlich, sukzessive auf Teilbeträge der mit einem Bilanzwert von 1 € übernommenen Darlehensforderung bzw. der entstandenen Zinsen verzichtet.

Weitere Verzichtserklärungen sollen in den kommenden Jahren sukzessive bis zum vollständigen Abbau der gewährten Gesellschafterdarlehen durch die Stadt Eschweiler erteilt werden.

Insbesondere durch die vorliegende Patronatserklärung kann das Risiko der Zahlungsunfähigkeit der WBE GmbH ausgeschlossen werden.

3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

3.1 Gegenstand der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichtes liegen in der Verantwortung des Bürgermeisters der Stadt.

Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Lagebericht abzugeben.

Dazu hat die Rechnungsprüfung die Buchführung, die Inventur, das Inventar, die örtlich festgelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016, bestehend aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz sowie dem Anhang und den Lagebericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 der Stadt geprüft. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der GO NRW bzw. GemHVO NRW aufgestellt.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft. Dagegen war die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlicher Tatbestände, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit von Jahresabschluss und Lagebericht betreffen, nicht Gegenstand der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

3.2 Art und Umfang der Prüfung

Die Rechnungsprüfung hat die Prüfung nach §§ 101 und 103 GO NRW und dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die Prüfungsleitlinien des Instituts der Rechnungsprüfer (IDR) vorgenommen.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Dem risikoorientierten Prüfungsansatz gemäß hat die Rechnungsprüfung eine am Risiko der Stadt ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung wurde auf der Grundlage von analytischen Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und des Risikomanagements erstellt.

Darauf aufbauend wurde ein prüffeldbezogenes risikoorientiertes Prüfungsprogramm entwickelt, das auf der Grundlage der festgestellten prüffeldbezogenen Risikofaktoren unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Stadt Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und der Angaben in Jahresabschluss und Lagebericht ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und wesentliche Einschätzungen des Bürgermeisters und Kämmerers sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Gegenstand der Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Lageberichts waren die Vollständigkeit und die Plausibilität der Angaben. Die Angaben sind unter Berücksichtigung der während der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnisse beurteilt worden, ob sie in Einklang mit dem Jahresabschluss stehen, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt vermitteln und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellen.

Die Prüfung umfasst aussagebezogene einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl der risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl.

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiter (und Sachverständigen) wurden im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

Ausgangspunkt der Prüfung war der geprüfte und am 06.09.2016 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 sowie der Lagebericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 der Stadt.

Alle erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden durch die Verwaltungsleitung erteilt. Der Bürgermeister hat die Vollständigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts am 12.07.2017 schriftlich bestätigt.

4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Buchführung und weiter geprüfte Unterlagen

Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der auf Grundlage des NKF-Kontenrahmens erstellte und im Berichtsjahr angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungstoffes.

Die Geschäftsvorfälle wurden vollständig, fortlaufend und zeitgerecht erfasst. Die Belege wurden ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt. Die Zahlen der Vorjahresbilanz wurden richtig im Berichtsjahr vorgetragen. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchführung zutreffend entwickelt und von der Stadt aufgestellt.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem gewährleistet eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.

Bei der Prüfung wurden keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die von der Stadt getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach der Feststellung der Rechnungsprüfung den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung und Jahresabschluss.

4.1.2 Jahresabschluss

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung sowie die Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die Schulden sowie das Kapital, die Sonderposten, die Bilanzierungshilfen und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet, für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen in ausreichendem Maße gebildet.

Die Stadt hat gem. § 18 GemHVO zur Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit eine Kosten- und Leistungsrechnung aufgebaut. Die Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung sind teilweise als interne Leistungsbeziehungen in den Teilergebnisrechnungen gesondert ausgewiesen.

Der Anhang enthält gem. § 44 GemHVO NRW die notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die von der Stadt angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie die sonstigen Pflichtangaben.

Die Rechnungsprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

4.1.3 Lagebericht

Der vom Kämmerer aufgestellte und vom Bürgermeister bestätigte Lagebericht ist diesem Bericht als Anlage beigefügt.

Der Lagebericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den gesetzlichen Vorschriften.

Die Prüfung ergab, dass der Lagebericht

- mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht;
- insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt vermittelt;
- die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt und alle weiteren nach § 48 GemHVO NRW erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.

Der Rechnungsprüfung sind keine nach Schluss des Haushaltsjahres eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wäre.

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage.

4.2.2 Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Es wird auf die Angaben im Anhang der Stadt verwiesen.

4.3 Änderungen in den Bewertungsgrundlagen

Über die im Anhang dargestellten und ausgeübten Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte hinaus hat die Stadt keine weiteren ausgeübt.

Auf die diesbezüglichen Ausführungen im Anhang wird verwiesen.

5. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach der Durchführung der Prüfung des als Anlage beigefügten Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 und des Lageberichtes der Stadt zum 31. Dezember 2016 kommt die Rechnungsprüfung zu folgendem Ergebnis:

Es wird ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

"Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfung:

Die Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Anhang sowie den Lagebericht - der Stadt für das Haushaltsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. In die Prüfung wurden die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einbezogen. Die Inventur, die Buchführung sowie die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Bürgermeisters der Stadt. Die Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Lagebericht abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 101 Abs. 1 GO NRW und nach den Prüfungsleitlinien des Instituts der Rechnungsprüfer (IDR) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Bürgermeisters der Stadt sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach der Beurteilung der Rechnungsprüfung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt.

Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Eschweiler, den 14.08.2017

Rechnungsprüfung

6. Anlagen zum Prüfungsbericht

Jahresabschluss 2016 der Stadt Eschweiler nebst Anhang und Lagebericht